



Barthle-Brief

Nr. 76

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

26.4.2013

Thema der Woche:

Den Ehrlichen gehört die Zukunft

Aktuelle Stunde anlässlich des Falls Hoeneß – Union verteidigt Steuerabkommen mit der Schweiz

In dieser Woche hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Fall Hoeneß zum Anlass genommen, um eine Aktuelle Stunde zum Thema „Große Vermögen durch Neuverhandlung des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens sowie durch eine Vermögensabgabe heranziehen“ zu verlangen. In der Debatte am Mittwoch wies die CDU/CSU-Fraktion die Unterstellungen der Opposition nachdrücklich zurück, sie betreibe den Kampf gegen Steuerhinterziehung nicht entschlossen genug. Weder Steuerhinterziehung noch Sozialbetrug sind vor den ehrlichen Bürgern zu rechtfertigen. Aus guten Gründen ist Steuerhinterziehung daher mit besonders hohen Strafen belegt. Allen sollte daran gelegen sein, dass die gesetzlich vorgesehenen Steuern auch tatsächlich in den öffentlichen Kassen landen.

Abkommen mit Nachbarstaaten können dazu ein hervorragendes Mittel sein – insbesondere dann, wenn sie alle in dem Land anfallenden deutschen Kapitaleinkünfte lückenlos erfassen und sogar rückwirkend hinterzogene Steuern und pauschale Strafaufschläge nach Deutschland holen. Mit der Schweiz hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ein solches Abkommen ausgehandelt. Man kann natürlich auch, wie die Opposition, auf Zufallsfunde setzen, die durch den mehr oder weniger seriösen Ankauf von Daten-CDs oder Selbstanzeigen entstehen. Eine systematische und damit gerechte Erfassung der Steuerpflichtigen sieht allerdings anders aus. So warf Wolfgang Schäuble der Opposition in der Debatte vor, sie nehme einen „beklagenswerten Einzelfall“, um eine politische Debatte vom Zaun zu brechen.

Hintergrund: Der FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß hatte sich im Januar bei den Steuerbehörden selbst angezeigt, weil er offenbar un versteuertes Geld in der Schweiz hatte. Diese Steueraffäre nahm nun die Opposition zum Anlass, das ausgehandelte und vom Bundesrat blockierte Steuerabkommen mit der Schweiz als Freibrief für Steuersünder zu geißeln. Wolfgang Schäuble wies diesen Vorwurf zurück, da das Abkommen dem deutschen Fiskus zehn Milliar-

den an pauschalen Steuernachzahlungen in die Kassen gespült hätte. Mitte 2012 hatte die Bundesregierung das Abkommen mit der Schweiz über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt als Gesetzentwurf vorgelegt. Danach sollten die Kapitalerträge deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz in Zukunft wie in Deutschland behandelt werden. Dafür sollten die Schweizer Zahlstellen eine der Abgeltungsteuer (derzeit 25 Prozent) und dem Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent der Abgeltungsteuer) entsprechende Quellensteuer erheben. Zudem wurde eine Nachversteuerung durch Schweizer Behörden vereinbart für Kapital auf Konten oder Depots – pauschal und anonym durch eine Einmalzahlung. Das Gesetz scheiterte im Bundesrat.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verteidigte das Abkommen: „Wir hätten seit dem 1. Januar eine befriedigende Regelung. Der Ankauf von Datensammlungen wäre überflüssig gewesen.“ Abgeordnete der Unionsfraktion warfen der Opposition vor, sie nehme den Fall Hoeneß, um das populistische Bedürfnis nach skandalträchtigen Schlagzeilen zu bedienen. SPD und Grüne sollten dazu übrigens auch erklären, dass durch ihr Vorgehen Steuerhinterzieher nur zufällig erkannt werden und überdies im Zweifel auch noch billiger davonkommen. Denn was die SPD den Wählern verschweigt: Eine Selbstanzeige und damit die Nachversteuerung inklusive Strafzinsen wäre für Steuerhinterzieher oftmals günstiger als das gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz. Das Abkommen hätte für eine Besteuerung des vollständig ins Ausland gebrachten Vermögens von Hinterziehern gesorgt und zwar auch dann, wenn die Steueransprüche bereits verjährt gewesen wären. Dagegen geht es bei einer Selbstanzeige nur um die noch nicht verjährten Steueransprüche. Die Steuerbelastung durch das Steuerabkommen wäre insgesamt deutlich höher als bei einer Selbstanzeige. Ohne ein Steuerabkommen mit der Schweiz ist eine systematische Besteuerung der dort liegenden Vermögen nicht möglich.

Stärkung der mittelständischen Wirtschaft

Mit der Koalitionsmehrheit hat der Bundestag an diesem Donnerstag einen Antrag von CDU/CSU und FDP angenommen, den „starken deutschen Mittelstand weiter zukunftsfest“ zu machen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, den Bürokratieabbau, ihre Fachkräfte-Offensive zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und die Hightech-Strategie 2020 fortzusetzen und das Umfeld für Unternehmensgründungen und -übernahmen weiter zu verbessern. Die Koalitionsabgeordneten würdigten den deutschen Mittelstand mit seinen überragenden Leistungen für die wirtschaftliche Stabilität, den gesellschaftlichen Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die Koalition habe eine umfassende mittelstandspolitische Bestandsanalyse durchgeführt und die zentralen Herausforderungen identifiziert. Maßgeblich seien unternehmerische Handlungsspielräume auf Gebieten wie Fachkräftesicherung, Innovation, Technologie, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Finanzierung, Existenzgründung oder Bürokratie. Ebenso müsse der Mittelstand von Projekten Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) profitieren können. Als konkrete Entlastungsmaßnahme wurde ebenfalls in dieser Woche im Bundestagsplenum das „Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“ beschlossen. Damit werden die steuerlichen Aufbewahrungsfristen von derzeit zehn auf acht Jahre und ab 2015 auf nur noch sieben Jahre verkürzt und damit die Bürokratiekosten um über 2 Milliarden Euro verringert.

Arbeit und soziale Sicherheit stärken

Diese Woche beschäftigten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages erneut mit dem bereits im März vom Bundeskabinett beschlossene Armuts- und Reichtumsbericht 2013. Ein Auseinanderklaffen von Arm und Reich verträgt Deutschland auf Dauer nicht. Aber: Die Ungleichheit der Einkommen nimmt seit 2005 wieder ab, weil so viele Menschen Arbeit haben wie seit zwei Jahrzehnten nicht. Ein Arbeitsplatz ist der beste Schutz vor Armut. Deshalb ist es gut, dass es gelungen ist, wieder mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, ist die Arbeitslosenzahl um knapp zwei Millionen gesunken. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde halbiert. Für diejenigen, die nicht

mehr arbeitslos sind, ist unser Land dadurch gerechter geworden, denn sie und ihre Familien können ganz anders am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. So müssen wir weitermachen und Arbeit für Alle schaffen. Deutschland ist derzeit die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas. Doch die Welt steht nicht still. Andere Länder werden stärker. Das muss uns nicht einschüchtern, wir haben große Stärken – ausruhen dürfen wir uns aber nicht. Weniger Arbeit wäre das Ungerechteste überhaupt. Deutschland muss sich daher gewaltig anstrengen, um seine Produkte auch in den nächsten Jahrzehnten weltweit verkaufen zu können. An den Produkten hängen unsere Arbeitsplätze. Wir brauchen daher die besseren Fachkräfte. Deutschland muss als Bildungs- und Forschungsstandort weiter an der Weltspitze stehen, denn Bildung und Forschung sind die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Diese Herausforderungen geht die Koalition entschlossen und erfolgreich an. Der Fleiß der Menschen und die Politik der christlich-liberalen Koalition haben unser Land stark gemacht, so dass es Chancen hat wie nie zuvor!

Verbesserungen für Contergangeschädigte

Eine vom Deutschen Bundestag beauftragte Forschungsstudie hat gezeigt, dass viele Conterganopfer nicht ausreichend abgesichert und teilweise unterversorgt sind. Der Deutsche Bundestag hat daher auf Initiative der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg in zweiter und dritter Lesung das dritte „Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes“ beschlossen. Vorgesehen sind hierin Verbesserungen der Leistungen für Conterganopfer im Umfang von 120 Millionen Euro. Enthalten ist etwa die deutliche Aufstockung der Conterganrenten um 90 Millionen Euro, um die Geschädigten so ohne große Bürokratie in die Lage zu versetzen, sich um ihre Belange selbst zu kümmern. Sie können über diese Pauschale ihre Zusatzbedarfe abdecken, ohne aufwändige Einzelfallprüfungen durchlaufen zu müssen.

Zitat:

„Fällt den Sozis etwas ein, muss es eine neue Steuer sein. Wer ist mit dabei? Die grüne Partei.“

(FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle an diesem Donnerstag in der Debatte um den deutschen Mittelstand)